

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 23 (1982)
Heft: 2

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gasangriff «drehte» in Afghanistan

Ueber den Krieg in Afghanistan berichtete die russischsprachige Zeitung «Russkaja mys» (Paris) am 14. Januar neue Einzelheiten.

Unter den schwierigen Bedingungen des Winters fügt der afghanische Widerstand der Sowjetarmee weiterhin empfindliche Schläge zu, indem er Garnisonen, Lastwagenkolonnen usw. angreift. In den Städten haben sich die Untergrundkämpfer aktiviert. Der Ende des letzten Jahres in Afghanistan eingetroffene sowjetische Vizeverteidigungsminister Sokolow bewegte sich im Lande nur unter ständigem Schutz von Panzerereinheiten und Helikoptern. In Kabul bewachten ihn Tausende von Soldaten und Offizieren vor afghanischen Scharfschützenkugeln.

Während seiner Anwesenheit im Lande führten die Sowjets nicht weit von Kabul einen Gasangriff auf eine afghanische Partisaneneinheit, aber der Wind drehte, so dass nicht die Afghanen, sondern ein Teil der sowjetischen Truppen kampfunfähig gemacht wurden. In Afghanistan verwendet die Sowjetarmee für das Passieren von vergiftetem Gelände die Spezialautos TMS 65 und ARS 12 (die im wesentlichen Riesenventilatoren auf Rädern darstellen).

In Peshavar können die rein moslemischen Organisationen, Monarchisten und gemässigten Parteien bis jetzt keine gemeinsame Sprache finden, was natürlich die Tätigkeit des afghanischen Widerstandes im ganzen schwächt. Freilich ist diese Tatsache viel weniger bedeutsam, als die sowjetischen Propagandisten in den Gesprächen mit ihren «Alliierten» wahrhaben wollen: in Afghanistan selber sind die Einheiten, die alle erwähnten Strömungen vertreten, durch den gemeinsamen Feind in «lokalen Fronten» vereint. Sie helfen einander, koordinieren die militärischen Handlungen, ja organisieren solche gemeinsam.

Aber bis jetzt hilft der Westen dem afghanischen Widerstand nicht mit Waffen, Munition und militärischer Technologie. In den zwei Jahren erhielten die Partisanen nur ein wenig sowjetische Rüstung aus Aegypten (es zahlten Saudiarabien und die USA). Vor nicht allzu langer Zeit machte der Aufständischenführer Amin Bardak, der mit seinen Einheiten das Gebiet zwischen Kabul und Gasni kontrolliert, eine Tournee durch hochentwickelte Länder. Ueberall wies er darauf hin, dass er unbedingt 80 000 Kämpfer bewaffnen muss, die nicht einmal Gewehre haben. Ueberall versprach man ihm Medikamente und Lebensmittel, aber Waffen und Geld für Waffenkäufe verweigerte man ihm. Amin Bardak erklärte: «Wir brauchen in erster Linie Freiheit. Sie können wir nur mit Waffen in der Hand bekommen.» Und er wies darauf hin, dass sogar die bewaffneten Widerstandskämpfer gegenüber den sowjetischen Kampfhubschraubern MI-24 und zum Teil gegenüber

Panzern bis heute hilflos sind. Wenn man uns, sagte er, die nötigen Luftabwehrraketen (11 000 Dollar das Stück) und genügend Panzerabwehrraketen (800 Dollar das Stück) gäbe, würden wir die sowjetischen Okkupationstruppen binnen 6 Monaten aus Afghanistan verjagen. ■

Indien bindet Pakistan

Die Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion hat die strategischen Gegebenheiten für Pakistan verändert. Und neue Schwierigkeiten in seinen Beziehungen zu Indien geschaffen, seinem traditionell feindlichen Nachbarn.

Die Sowjetunion ist dem Indischen Ozean via Afghanistan ein gutes Stück näher gekommen; der weitere Vormarsch nach Süden würde durch das unruhige Belutschistan führen, eine pakistanische Provinz, die man in Kabul schon als eigentlich afghanisch beansprucht hat. Die Drohung aus dem Norden ist also durchaus real, und Pakistan darf es sich nicht leisten, sie auf die leichte Schulter zu nehmen; sonst würde es sich als nächstes Opfer geradezu anbieten.

Tatsächlich versucht das Land auch, sich gegen die Gefahr zu wappnen. Dazu bedarf es heute einer Verteidigungsmacht von erheblich grösserem Umfang und besserer Ausrüstung als früher, das heisst vor der Invasion Afghanistans. Die Annahme amerikanischer Militärhilfe ist unter diesen Umständen als Vorsichtsmassnahme einsichtig genug.

Wer das aber nicht einsehen will, ist die Führung in Indien. Indira Gandhi hat sich vorgenommen, an keine sowjetische Aggression zu glauben, und schliesst dementsprechend insbesondere die Augen vor dem, was in Afghanistan geschieht. Somit hat Indira Gandhi auch befunden, dass Pakistan keinerlei Gefahr droht, und

CH-Rubrik

Hilfssteuerungen in der Friedenskanzlei

Die Organisatoren der verschiedenen Friedensbewegungen bei uns reagieren auf die Frage nach ihrer Fernsteuerung ausnahmslos mit einer Heftigkeit, die stutzig macht.

Nun braucht die weitgehende Identität zwischen den Forderungen der Friedensbewegungen und den sowjetischen Parolen (schon der Begriff «Friedenskampf» ist praktisch ein Codewort für die Moskauer Aussenpolitik) mit ihrem dominanten Anti-Amerikanismus keineswegs über eine direkte Befehlslinie aus Moskau angeordnet zu werden. Die Affinität ist wichtiger.

Wie die subtileren Methoden aussehen, hat kürzlich eine «Frau für den Frieden» in symptomatischer Weise aufgezeigt. Nach ihrer Schilderung ist sie zur Friedensbewegung motiviert worden, als sie in einer «Gruppe» mit «alternativen Informationen» konfrontiert wurde. Diese hätten ihr bisher nicht erkannte Probleme aufgezeigt, beispielsweise die Militarisierung unserer Gesellschaft, die Macht der Rüstungsindustrie und deren Einfluss auf die Politik.

Diese «alternativen Informationen» wurden offensichtlich gläubig akzeptiert und in keiner Weise «hinterfragt». Dabei handelt es sich um klassische Schablonen, die auf einer marxistisch-leninistischen Betrachtungsweise basieren. Noch

ist hier erst eine Art Geistesverwandtschaft zwischen Friedensbewegung und Sowjetpolitik zu erkennen und keine konkrete Steuerung. Doch das Hilfsrunder wird schon bald bemerkbar. So erklärte die erwähnte Friedensfrau zur Afghanistan-Frage, man dürfe dieses Problem nicht isoliert betrachten, sondern nur «in Verbindung mit Nicaragua und El Salvador». Als ob ein direkter militärischer Eingriff der Sowjetunion mit amerikanischen Sympathie- oder Missfallens-äusserungen aufzuwiegen sei.

Wie aber wird das Hilfssteuer betätigt? Die betreffende Friedensfrau erzählte, dass sie oft in die DDR reise, um mit Gesinnungsfreunden zu diskutieren. Besonders ernst nahm sie die Friedensdiskussionen in Westberlin mit Teilnehmern «aus West und Ost». Der Gedanke, dass im Ostblock nur sorgfältig ausgewählte Leute überhaupt Visa für Gespräche im Westen erhalten, ist ihr schon gar nicht gekommen; in dieser Beziehung sind «alternative Informationen» nicht gefragt.

Die Verbreitung von Parolen und Denkmustern erfolgt nicht nur über Gruppengespräche, sondern auch über Kongresse, Agenturen und Drucksachen. Von der Schriftsteller-Diskussion in Ostberlin über den Frieden (13. bis 15. Dezember 1981) kam allerhand in den Westen. Im Osten freilich wurde nur publiziert, was mit der offiziellen Linie zu vereinbaren war.

Zwischen der Häufung von Friedensdemonstrationen in Westeuropa im zweiten Halbjahr 1981 und dem Beschluss des sowjetgelenkten Weltfriedensrates von 1980, den Friedenskampf zu intensivieren, bestehen Zusammenhänge. MK



Importeur feiner Qualitätsweine

Feinste Qualitäten werden im In- und Ausland ausgesucht und in unseren Kellereien gepflegt. Erfreuen Sie sich und Ihre Gäste mit einem edlen Tropfen! Verlangen Sie bitte unsere Preisliste.

Vins Hess Weine
Bern - Steinhölzli Telefon 031/53 85 55

schon gar nicht von der definitionsmässig friedliebenden Sowjetunion.

In Delhi will man lieber glauben und glauben machen, dass sich Pakistan für einen Angriff auf Indien rüste. Die beiden Länder führen seit Erlangung ihrer Unabhängigkeit 1957 miteinander einen kalten Krieg, und was von dieser Regel abwich, ging meist in Richtung auf heissen Krieg. Bei allen Waffengängen, zu denen es gekommen ist, hat Pakistan jeweils den kürzeren gezogen, und noch heute ist Indien militärisch sehr viel stärker als Pakistan.

In einem gewissen Sinn ist das angespannte Verhältnis zwischen den beiden Staaten für die politische Führung hüben und drüben von Vorteil gewesen. Der Feind auf der andern Seite gab immer eine gute Erklärung für ungelöste Entwicklungsprobleme ab, die auf beiden Seiten grosse Ausmasse haben. Indessen verliert das «nützliche Spielchen» seinen Sinn, wenn es zu einer tatsächlichen Bedrohung der Region von aussen kommt.

Was mit Afghanistan geschehen ist, fällt für beide Staaten erheblich mehr ins Gewicht als die gegenseitigen Streitigkeiten der letzten Jahre. Der Subkontinent als solcher ist von der sowjetischen Supermacht bedroht, der eigentlichen kolonialen Macht unserer zweiten Jahrhunderthälfte. In dieser Situation verhält sich Pakistans Präsident nur vernünftig, wenn er einen Nichtangriffsvertrag mit Indien vorschlägt. Und es ist schiere Unvernunft, wenn Indien demgegenüber an seiner lieb gewordenen Feindschaft zu Pakistan festhält. Es sei denn, es müsste. Als Resultat einer schon bestimmenden Fügsamkeit den Sowjets gegenüber. Und sollte das der Fall sein, dann ist Pakistan um so mehr in Gefahr.

Ian Tickle

Unruhen in Georgien

In Georgien ist es letztes Jahr zu nicht weniger als fünf Demonstrationen gegen die Unterdrückung der georgischen Sprache und Kultur gekommen. Berichtet wurde darüber in Dissidentenquellen und auf deren Grundlage in westlichen Medien. Nun liegt eine Bestätigung von sowjetischer Seite vor. Sie betrifft eine Studentenkundgebung, die am 13. Oktober 1981 in der Stadt Mzcheta bei Tbilissi stattgefunden hatte, angeblich mit einer Beteiligung von 200 Personen.

Ausdrücklichen Bezug auf diese Protestveranstaltung nahm die Versammlung des georgischen

Studentenaktivs, die im Dezember in Tbilissi stattfand; darüber berichtete dann die dortige Jugendzeitung «*Molodjosch Grusii*» vom 12. Dezember 1981.

Wie der georgische Komsomolchef Joseb Ordschonikidse zum Geschehen anmerkte, ist es auf dem Hintergrund des politischen Ungnügens der staatlichen Jugendorganisation Komsomol zu verstehen. Etliche Studenten seien stark durch die Haltung gewisser Komsomol-Aktivistinnen sowie gewisser Mitglieder des Lehrkörpers beeinflusst worden, die «selber weder glauben noch zu glauben wünschen, was sie den Studenten beibringen». Dieser Zynismus führe unter der Studentenschaft zum «Auftauchen nihilistischer und gleichgültiger Elemente und zu sinnlosen Verleumdungen über die gesellschaftliche und politische Realität unseres Lebens».

Ueber den Ablauf der Demonstration selbst sagte der Komsomol-Sekretär:

«Eine Gruppe junger Leute rottete sich im Hof der Swjetizchoweli-Kathedrale zusammen und

organisierte dort eine Debatte. Diese jungen Leute brauten irgendein Dokument zusammen, trugen ein provokatives und arrogantes Verhalten zur Schau und benahmen sich so, als ob der Platz ihnen gehöre.» Das Thema seien die «Bühnenhelden des Tages» gewesen, gewisse Studenten und Absolventen der Universität von Tbilissi, des Georgischen Polytechnischen Instituts und der Pädagogischen Staatshochschule A. S. Puschkin. Es folgt eine Aufzählung von Namen. (Einige davon waren aus Samisdatquellen bereits als Teilnehmer an früheren Demonstrationen bekannt.)

Ordschonikidse's Schlussfolgerung: «Es ist unsere Pflicht, einem solchen Hineinpfuschen in die Politik und einem solchen nationalistischen Pseudoheldentum unsern kompromisslosen Kampf zu erklären.»

Diesen Kampf hat die Polizei ihrerseits nach sämtlichen Demonstrationen durch Verhaftungen geführt, und die Relegation ist ein weiteres Mittel der Behörden.

In Kürze

Am 6. Januar berichtete «*Vjesnik*» (Zagreb) aus der Schweiz über den Mord am jugoslawischen Saisonarbeiter Bajram Musemovic, dessen Leiche bei Martigny gefunden worden war. Die Zeitung vermutete Raubmord, denn «Musemovic hatte am kritischen Tag von der Bank 11 000 Franken abgehoben, seine Ersparnisse von 9 Monaten». (Uebrigens ein gutes Zeugnis für den Sparwillen jenes Saisoniers und auch für seine Möglichkeit zum Sparen.) Dann eruierte man als Täter einen jugoslawischen Emigranten, und im nächsten Bericht vom 9. Januar liess «*Vjesnik*» seine Raubmord-These fallen: «Musemovic wurde auf grausame Art ermordet, was auf ein Verbrechen der faschistischen Emigrantenorganisationen schliessen lässt.» Diese Beweisführung wird einem Gericht wahrscheinlich doch nicht ganz genügen können — in der Schweiz.

Eine berechtigte Frage stellt «*Otetschestven front*» (Sofia) in einem kritischen Beitrag zur Süswarenproduktion: «Fünf Waffelfabriken erhalten jährlich 2500 Tonnen Zucker zugeteilt, verarbeiten aber in ihren Zuckerwaren nur je 100 bis 200 Tonnen Zucker. Wo bleibt der Rest?»

Ist es in Jugoslawien letztes Jahr ausser in Kosovo noch anderswo zu Unruhen gekommen?

Die bulgarische Zeitung «*Rabotnitschesko delo*» meldet jedenfalls, es sei «in einigen Teilrepubliken und in der Provinz Kosovo zu Zusammenstössen» gekommen. Der suggerierte Zusammenhang ist die Teuerung von 40 Prozent für das abgelaufene Jahr. Die Gehälter konnten da nicht mithalten, und die bulgarische Quelle spricht von einer Reallohnverminderung von 7 Prozent.

Die bulgarische Regierung hat einen Beschluss über die Förderung des Privatsektors bei der Tierhaltung gefasst. An Arbeiter, Angestellte und Rentner, die Tiere für den Eigenbedarf aufziehen wollen, wird kostenlos Futter abgegeben. In den ersten drei Monaten dieses Jahres will man den Privaten 100 000 Jungschweine zur Verfügung stellen. Man erhofft sich davon eine bessere Selbstversorgung und ein besseres Angebot auf dem Markt. Demgegenüber hat man gleichzeitig Massnahmen getroffen, um den Verkauf von privat gepflanztem Getreide und Futtermitteln besser zu kontrollieren, das heisst zu erschweren.

Teppiche als Kunstwerke.

Wir haben im Orient Teppiche gefunden, die so einzig sind in ihrer Art, so wertvoll und schön, dass sie die Bezeichnung Kunstwerk ohne weiteres verdienen.

Weil sie so selten, alt und kostbar sind, haben wir diese Teppiche in einer Sammler-Kollektion zusammengefasst.

Wenn Sie Ihr gutes Geld in wertbeständigen, heute noch günstigen Teppichen anlegen wollen, sollten Sie das lieber heute als erst morgen tun.

Geelhaar

W. Geelhaar AG, Thunstrasse 7, 3000 Bern 6
 Marktgasse 42, 3011 Bern
 Teppich-Showroom Zürich, Zweierstr. 35, 8004 Zürich

STEIGER
 DRUCK AG
 BERN



Moserstrasse 31
 3014 Bern
 Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's